

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Exposition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. S. Meier & Co.
Breitestraße 20.
in Grah bei J. Sireisand,
in Referat bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. S. Meier & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 200.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt
jährlich 1 Mark 50 Pf. für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 50 Pf.
Wochenschriften nehmen alle Postanstalten des Reichs
an.

Mittwoch, 19. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Exposition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 18. März. Der König hat den Regierungsrath Friedrich Wilhelm Kabe in Kirchhain, und den Gerichts-Assessor a. D. Max von Uthmann in Trebnitz zu Landräthen ernannt; den Oekonomie-Kommissaren Picht zu Salzgitter, Provinz Hannover, und von Baumbach-Amoenau zu Rassel den Charakter als Oekonomie-Kommissions-Rath, dem Fabrikbesitzer Richard Bialon zu Berlin den Charakter als Kommerzienrath verliehen und den Stadtindikus Giesebrecht zu Stettin, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als Zweiten Bürgermeister der Stadt Stettin für die gesetzliche Amtsbauer von zwölf Jahren bestätigt.

Dem Oberlehrer am Gymnasium zu Thorn Ernst Wilhelm Teyers-abendt ist das Prädikat Professor beigelegt worden.
Dem Landrath von Uthmann ist das Landrathsamt im Kreise Trebnitz, und dem Landrath Kabe das Landrathsamt im Kreise Kirchhain übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 18. März. Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, v. Dürckheim, v. Caprivi.

Präsident v. Leskow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung des Anleihe-
gesetzes zu Zwecken der Marine-Verwaltung, durch
welches 18 790 000 M. gefordert werden.

Abg. Richter: Die Thatsachen, welche in der Denkschrift über
die Ausführung des Flottengründungsplanes angeführt werden, sind
zum großen Theile im Einzelnen bereits hier früher bekannt geworden.
Es liegt für uns die Verpflichtung vor, der Marineverwaltung, mit
deren früherem Chef wir stets in Uebereinstimmung gewesen sind,
unsere Anerkennung auszusprechen. In kurzer Zeit ist mit ge-
ringen Mitteln Großes erreicht worden. Es ist nun anzuken-
nen, daß auch der jetzige Chef der Marineverwaltung wie der
frühere finanziell vorsichtig seine Maßnahmen trifft. In Bezug auf
die Fortbildung des Torpedowesens darf mit Verbesserungen nicht
gezögert werden — dem stimmen wir bei. Im Prinzipie stehen wir
also ganz auf dem Boden der Vorlage, von der ich hoffe, daß sie mit
großer Majorität angenommen werden wird. Einige Einzelbedenken, so
z. B. ob sofort mit der Anfertigung von 70 Torpedobooten begonnen
werden soll, sollen meiner Meinung nach nicht hier, sondern in der
Kommission erörtert werden; ich hoffe, Sie werden
empfehlen, bin ich also mit der Vorlage durchaus einverstanden
und erlaube in ihr einen Schutz für unsere Rassen. Formell aber scheint
mir die Vorlage doch sehr bedenklich — dieser Vorwurf trifft jedoch
nicht die Marine, sondern die Finanzverwaltung. Hat dieser Entwurf
etwa, wie es sein sollte, die Form eines Nachtragsatzes? Wo ist denn
dieser geforderten Ausgaben gegenüber die Auffüllung der Einnahmen?
In dieser Form kann die Vorlage keineswegs angenommen werden;
ich glaube jedoch, daß die finanztechnischen Bedenken dagegen in der
Budgetkommission leicht erledigt werden können und beantrage deshalb
die Ueberweisung an die Budgetkommission.

Staatssekretär von Burchard: Die gegenwärtige Form der
Vorlage ist von den Regierungen ihrer Zweckmäßigkeit wegen gewählt
worden. Würde die Vorlage als Nachtragsatz bezeichnet worden sein,
so hätten allerdings die Bedenken des Vorredners ihre Berechtigung.
Es sind aber wiederholt derartige Vorlagen hier eingebracht worden,
ohne dafür die Form eines Nachtragsatzes zu wählen, so z. B. im
Jahre 1874 in Bezug auf das Reichseisenbahngesetz.
Abg. Graf Solstein: Ich gebe seiner Bestrebung darüber Ausdruck,
daß in dieser Vorlage in kontinuierlicher Weise die Gedanken des Flot-
tengründungsplanes fortgeführt werden. Die friedlichen Versicherungen
der Thronrede sind mit großer Freude in ganz Deutschland begrüßt
worden, denn die Deutschen sind kein chauvinistisches, sondern ein fried-
liches Volk. Wenn aber auf irgend einem Gebiete unserer Militär-
verwaltung eine Schwäche sich fühlbar macht, so muß gerade zur Auf-
rechterhaltung des Friedens auf diesem Punkte etwas gethan werden;
und deshalb werden wir für die Vorlage und event. für Ueberweisung
an eine Kommission stimmen.

Abg. v. Benda: In finanzieller Beziehung hat diese Vorlage
bei mir eine gewisse Beängstigung hervorgerufen — denn ich sehe, was
noch alles zu leisten sein wird in der Zukunft. Ich bin aber für die
Vorlage, siehe in formeller Beziehung jedoch durchaus auf dem Stand-
punkte des Abg. Richter. Das Beispiel, das vom Regierungsvertreter
uns angeführt worden, kann auf den vorliegenden Fall doch gar keine
Anwendung finden; damals handelte es sich doch im Gegensatz zu
heute, um Bewilligung einer einmaligen Forderung. Ich erwarte, daß
diese finanztechnische Seite der Vorlage in der Budgetkommission im
Sinne des Abg. Richter erledigt werden wird.

Abg. v. Caprivi: Ich bedauere, daß die for-
mellen Bedenken zu einem Vorwurfe gegen meinen Finanzkollegen ge-
führt haben, während ich eigentlich der Sünder bin. — Die Sym-
patheien, die die Vorlage hier gefunden, berührt mich freudig. Die
deutsche Marine hat die Aufgabe, in allen Ländern und Welttheilen
das deutsche Bewußtsein zu heben — dies kann sie nur, wenn sie weiß,
daß die deutsche Nation zu dem weiteren Ausbau der Marine bereit
ist. Im Uebrigen bin ich mit Ueberweisung der Vorlage an eine
Kommission einverstanden. (Beifall.)

Abg. Dr. Hänel: Ich weiß nicht, weshalb Herr v. Caprivi sich
als Sünder bezeichnet hat, ich finde es ganz natürlich, daß er die
Verantwortung für die Unvollkommenheiten der Marine nicht länger
tragen wollte. Aber es scheint so, als ob man auf der anderen Seite
des Hauses von uns großen Widerstand erwartet hätte (Beifall links).
So scheint die Rede des Grafen Solstein vorher fertig gestellt zu sein
(Heiterkeit), denn er sprach so, als wenn wir uns gegen die Vorlage
ausgesprochen hätten. Deshalb will ich konstatieren, daß wir nicht we-
niger als jede andere Partei für unsere Seeresverwaltung bewilligen
wollen. Wir sind durchaus für Einführung technischer Fortschritte,
ja wir geben sogar noch weiter und möchten verlangen, daß man mit
den technisch veralteten Einrichtungen in unserer Marine bald völlig
aufräumt (Beifall links).

Abg. Meyer (Bremen) tritt für die Vorlage ein und bittet nur
noch zu erwägen, ob es nicht gut sein würde, die Korvetten sehr leicht
herzustellen, damit bei ihnen eine außerordentliche Schnelligkeit erzielt
werden kann.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage an die Bud-
getkommission verwiesen.

Das Haus tritt in die erste Verathung des Entwurfs betreffend
die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern.

Abg. Dr. Baumbach: Diese Vorlage zeigt auf's Neue, wie
wenig der Vorwurf, den der Herr Reichskanzler den liberalen Parteien
neulich wieder gemacht, der der Unfruchtbarkeit, berechtigt ist. Denn
in seiner ersten Hälfte ist dieser Entwurf eine Folge des Antrages,
den ich früher zusammen mit dem Abg. Dr. Girsch gestellt habe. In
ihrer ersten Hälfte tritt diese Vorlage für Verhütung von Unfällen bei
Arbeitern ein. Ich freue mich, daß die Regierung in der Vorlage nicht
so weit gegangen ist, die Anfertigung von Zündhölzern mit Phosphor
ganz zu verbieten; wie sehr auch der ausschließliche Gebrauch von schwe-
dischen Zündhölzern im sanitären Interesse wünschenswerth sein mag,
im praktischen Leben stellen sich dem doch mancherlei, auch finanzielle Be-
denken entgegen. Ich glaube daher, die Vorlage hat gerade das Rechte ge-
troffen. — Da jedoch immerhin Bedenken gegen die Vorlage nicht ganz
fehlen, so möchte ich die Verweisung an eine Kommission schon deshalb wün-
schen, um zwischen der ersten und zweiten Verathung Frist zur Prüfung aller
Bedenken zu gewinnen. — Die Bestimmung des § 6 der Vorlage,
welcher festsetzt „Zündhölzchen und Zündkerzen 10 M. Zoll für
100 Kilogramm“ zeigt auf's Neue, wie sehr wir noch im Fahrwasser
des Schutzsystems segeln. Wie läßt es sich motiviren, daß man
einerseits sagt, wir wollen diesen Industriezweig nicht, und andererseits
ihn doch prämiirt? Die Einführung von Zündhölzern nach Deutsch-
land beschränkt sich ausschließlich auf schwedische Zündhölzer, — und
nun erschwert man die Einführung dieser Zündhölzer, während man
gleichzeitig den nicht schwedischen Zündhölzern den Krieg erklärt.
Dies ist um so falscher, als es uns an dem genügenden Holzmaterial
für Herstellung phosphorfreier Zündhölzer in Deutschland fehlt. Dazu
kommt noch, daß es sich hier wiederum um einen Gegenstand des
täglichen Gebrauchs handelt, den man belasten will. Nun ist wohl
gesehen, daß diese Vorlage an die Fabrikbesitzer in Bezug auf Sicher-
heitsvorrichtungen große Anforderungen stellt — das begründet aber
keineswegs die Normirung dieser Zollerhöhung.

Staatssekretär Burchard: Die verbündeten Regierungen konnten
gemäß der Reichstags-Resolution von 1879 gar nicht anders handeln,
als die Zollbestimmungen in diese Vorlage mit hineinziehen. Der Vor-
redner hat es bedauert, daß man einen Gegenstand des täglichen
Gebrauchs besteuert hat. Ja, das thut man doch aber stets, daraus
ziehen wir doch die meisten Steuern. Der Vorredner wollte vielleicht
von einer Besteuerung nothwendiger Lebensmittel sprechen — davon
kann doch aber hier nicht die Rede sein. Die Resolution von 1879
vertrat diesen Standpunkt des Vorredners nicht. Bei so großen Be-
schränkungen einer Industrie, wie hier in den §§ 1—5, ausgesprochen
worden, muß die Industrie auch eine Sicherung durch Zollerhöhung
erhalten. Der Vorredner hat ja selbst eine vermehrte Fabrikation von
phosphorfreien Zündhölzern in Deutschland gewünscht; diese kann man
aber doch eben nur erreichen, wenn man die Einführung schwedischer
Zündhölzer erschwert.

Abg. Sonnemann: Das Gesetz geht nach zwei Richtungen.
Es bestimmt, in welchen Räumen das Zubereiten der Phosphorhölzer
statfinden darf, und es untersagt jugendlichen Arbeitern den Aufent-
halt in gewissen Räumen. Wie nothwendig diese Bestimmungen sind,
zeigen auf's Neue die Berichte der Fabrikinspektoren, in denen zahl-
reiche Fälle von körperlichen Schädigungen jugendlicher Arbeiter durch
Aufenthalt in solchen Räumen angeführt werden. Das Studium dieser
Berichte veranlaßt mich aber zur Anregung der Erwägung, ob nicht
auch den Mädchen und Frauen der Aufenthalt in diesen Fabrikräumen
verboten werden soll; ich glaube, daß die Zahl der Erkrankungen noch
eine viel größere ist, als wir erfahren, da das Institut der Fabrik-
inspektoren noch sehr der Ausbildung bedarf. Einen Antrag auf Aus-
dehnung des Verbots auf Arbeiterinnen behalte ich mir für die zweite
Lesung vor. — Gleich dem Abg. Dr. Baumbach kann ich mich nicht
mit dem vom Gesetze hier vorgeschlagenen Zollerhöhung einverstanden
erklären. Es erscheint mir doch auch sehr bedenklich, mit einer Zoller-
höhung gerade gegen einen Staat vorzugehen, der einer der besten Ab-
nehmer für deutsche Industrie ist.

Abg. Dr. Barth: Ich bin durchaus für die Vorlage, aber
für Verwerfung der Zollbestimmung des § 6. Die Vorlage bringt die
kleinen Fabrikanten in eine Nothlage, und während so den großen
Fabrikanten schon eine Wohlthat bewiesen wird, soll ihnen noch durch
eine Zollerhöhung geholfen werden. Es ist doch auch eine sonderbare
Logik zu glauben, daß in Folge dieses Schutzgesetzes die Fabrikation von
phosphorfreien Zündhölzern größer werden würde. Genau das Gegen-
theil wird der Fall sein, die Weißphosphorzündhölzer-Fabrikation wird
gerade an Ausdehnung gewinnen. — Ich erlaube Sie daher, die ersten
5 Paragraphen anzunehmen, § 6 jedoch abzulehnen.

Staatssekretär v. Burchard: Es ist in den Motiven schon
darauf hingewiesen, daß die Zollbestimmungen für den Import von
Zündhölzern überall höher sind, als bei uns, ja, daß in Frankreich die
Einführung schwedischer Zündhölzer ganz verboten ist. Eine Normirung
von 10 Mark erscheint doch also für Deutschland nicht zu hoch.
— Die Voraussetzung, von der Abg. Dr. Barth ausgeht, daß nämlich
die Vorlage nur die Haus- und Kleinindustrie beschränken will, ist
ganz unrichtig. Die Vorlage soll die Fabrikation von Weißphosphor-
Zündhölzern beschränken und ihr endliches Eingehen herbeiführen.
Wenn man diese Fabrikation jetzt ganz verbieten wollte, so dürfte man
sich bei dieser Zollbestimmung nicht beruhigen, sondern die Einfuhr,
wie in Frankreich, ganz verbieten.

Abg. Dr. Baumbach: Es ist für mich gar nicht einzusehen, wie
der Herr Staatssekretär es beweisen will, daß von der Vorlage die
Großindustrie ebenso betroffen wird, wie die kleine und die Hausin-
dustrie. Der Hinweis auf den Zoll bei anderen Ländern bezieht sich
eben nur auf Schutzländer; wir sind aber auf den Export in hohem
Maße angewiesen. Ich wiederhole daher meinen Antrag, § 6 ab-
zulehnen.

Die erste Verathung wird geschlossen und auf Antrag des Abg.
Dr. Baumbach die zweite Verathung für heute ausgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Bericht der
Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. Leskow, Denkschrift
über die Ausführung des Sozialistengesetzes und Entwurf über die
Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 18. März. Dem Centrum ist es ge-
lungen, durch die Einbringung seiner beiden Anträge und durch
die ziemlich gut verbürgte Meldung, daß die große Majorität
der Partei prinzipiell für die Verlängerung des Sozialistengesetzes
sich entschieden hat, sich wieder zum Mittelpunkt des parlamen-
tarischen Interesses zu machen. Was mit den beiden Anträgen,
dem im Reichstag auf Aufhebung des Gesetzes von 1874 und
dem im Abgeordnetenhaus auf organische Revision der kirchen-
politischen Gesetze speziell bezweckt wird, dies ist der Gegenstand
zahlreicher Konjekturen — denn klar ist, daß Herr Windthorst
sich keine Rechnung auf ein so einfaches Handelsgeschäft, wie es
in der Verlängerung des Sozialistengesetzes gegen Aufhebung des
Gesetzes von 1874 und gegen das Versprechen einer „orga-
nischen Revision“ der Maßgelege liegen würde, machen kann; in
solcher Art läßt der Kanzler sich denn doch nicht Vorschriften
machen und Bedingungen stellen, besonders wenn eine Partei
an der Leistung, die sie zu hohem Preise verkaufen will,
selbst so sehr interessiert ist, wie das Centrum an der
Verlängerung des Sozialistengesetzes von dem Gesichtspunkte
aus, daß Neuwahlen unter konservativ-nationalliberaler Kon-
stellation vermieden werden. Man thut indeß höchstens dem
Centrum einen Gefallen, wenn man sich mit Eifer an den
Versuch der Lösung der Räthsel macht, die es aufzugeben für
gut findet; man kann ihm dabei auch leicht mehr Weisheit
zutrauen, als dahinter steht, wie der klerikale Mißerfolg bei den
Anträgen wegen der kirchlichen Verfassungsartikel und wegen des
Sperrgesetzes bewiesen hat. Die jetzt gestellten Anträge lassen
sich, da die Regierung mit Rücksicht auf die schwierige parla-
mentarische Situation das Centrum auch bei einer Zurückweisung
der Anträge nicht unnötiger Weise reizen wird, den klerikalen
Wählern auf jeden Fall als Beweis dafür, daß das Centrum
nach wie vor kirchenpolitischen Eifer prähirt, vorführen.
Vorderhand läßt die „Germania“ es an Spitzen gegen den
Fürsten Bismarck nicht fehlen; aber das bedingungslose
Hindrängen derjenigen klerikalen Blätter des Centrum,
welche unter dem Einfluß der konservativ-aristokratischen
Elemente der Partei stehen, auf die Zustimmung zur Verlängerung
des Sozialistengesetzes zeigt deutlicher, wie der Wind weht.
Wäre eine Situation denkbar, in welcher das Centrum den
Dienst der Verlängerung dieses Gesetzes leisten könnte, ohne daß
auch die Nationalliberalen dabei mitwirkten, so würde es jedes
Bedenken noch rascher fahren lassen; was ihm so schmerzlich bei
der Sache ist, das ist, daß der vom Centrum zu leistende Dienst
nichts an den Wünschen des Kanzlers für das Gedeihen der
Nationalliberalen ändern zu sollen scheint. — So widerspruchs-
los, wie Herr von Caprivi heute die prinzipielle Zustimmung
aller Parteien zu der Forderung von 19 Millionen Mark für
die Marine erhalten hat, ist eine so beträchtliche extraordinäre
Summe jedenfalls sehr selten gewährt worden. Mit Recht ist
dabei angedeutet worden, daß in der Vorlage die Aussicht auf
spätere bedeutende Mehrbewilligungen enthalten ist, nicht bloß
weil die jetzt zu bewilligenden 70 Torpedoboote nur
die Hälfte der anzuschaffenden Zahl solcher Boote
darstellen, sondern mehr noch — insofern es sich nämlich
um dauernde, nicht bloß um einmalige Ausgaben handelt —
vermöge der in Aussicht gestellten Vermehrung des Personals.
Der Denkschrift ist eine bisher wenig beachtete Uebersicht beige-
geben, welche in dieser Beziehung interessant ist. Es werden nach
der Anschaffung der noch fehlenden 140 Torpedoboote im Ganzen
der Marine zu der erforderlichen Kriegsmacht 579 Seesoffiziere,
und außerdem über 20,000 Mann, fehlen; von den Letzteren
lassen sich durch Einziehung des Beurlaubtenstandes 15,000 Mann
beden, von dem Offiziersbedarf aber nur 79, so daß 500 Offi-
ziere fehlen werden. Fast 400 fehlen schon jetzt, der Mehrbe-
darf vermöge der Anschaffung der Torpedoboote entsteht haupt-
sächlich in der Kategorie der Lieutenants zur See. Aber die
allgemeine Darlegung in der Denkschrift über die Nothwendigkeit
einer durchgreifenden Verstärkung des Personals der Marine be-
reitet darauf vor, daß in nicht langer Zeit systematisch an die
Erhöhung des Bestandes, zu welcher durch die Vorlage ein An-
fang gemacht wird, gegangen werden wird.

Wie man uns schreibt, ist dem Gesandten der Ver-
einigten Staaten von Nordamerika, M. Sargent, ein
Schreiben seiner Regierung zugegangen, in welchem diese sein
bisheriges Verhalten in der Faser-Angelegenheit vollständig gut
heißt und ihm anheim stellt, einen unbestimmten Urlaub anzu-
treten. Von letzterem wird der Gesandte jedoch vorläufig keinen
Gebrauch machen.

Während die badische Regierung sich für die Ent-
schädigung unschuldiger Verurtheilter ausge-
sprochen hat, beharrt unverlässigen Miththeilungen zufolge die
preussische auf ihrem ablehnenden Standpunkte. Auch eine
Aeußerung, welche ein Kommissar der königlich sächsischen Regie-
rung neulich in einer Sitzung der ersten Kammer in Dresden

gethan hatte, war so verstanden worden, als ob die sächsische Regierung sich gegenüber jedem Gesetze wegen Entschädigung unschuldig Beurtheiler im Bundesrathe ablehnend verhalten werde. Das amtliche „Dresd. Journ.“ bezieht sich, diese missverständliche Auffassung zu berichtigen, indem es ausführt: „Der Regierungskommissar hat sich über die prinzipielle Stellung der königlich sächsischen Regierung zu der Frage einer gesetzlichen Regelung der Entschädigung unschuldig Beurtheiler nicht ausgesprochen, sondern nur in Beziehung auf den konkreten Fall, welcher in Folge einer Petition zur kändischen Verhandlung stand, und mit Rücksicht auf die besondere Gestaltung dieses Falles, veranlaßt durch eine Bemerkung eines Vorredners, sich dahin geäußert, „daß eine Konstitution des Gesetzes, welche eine Entschädigungspflicht in Fällen der vorliegenden Art statuieren wollte, auf eine Zustimmung der sächsischen Regierung kaum würde rechnen können.“

— Die „Deutsche freisinnige Partei“ hat sich heute Vormittag im Reichstag als Fraktion konstituiert. In den Vorstand wurden gewählt die Abgeordneten v. Forderbeck, Freiherr v. Stauffenberg, Ridert, Bamberger, Hänel, Birchow, Richter (Hagen), Klog. Als Schriftführer fungieren die Abg. Hermes, Schrader, Dohrn, Rademacher. Eine provisorische Geschäftsordnung ist vereinbart worden. Zu Senatoren sind ernannt worden die Abgeordneten Dr. Baumbach, Ridert, Richter, Eysold und Klog.

— Zur Auswanderung wird aus Hamburg geschrieben: Die Auswanderung nimmt mit dem Herannahen des Frühlings wieder einen bedeutenden Umfang an. Die Physiognomie der heutigen Auswanderung hat im Vergleich zu früheren Jahren sich wesentlich geändert. Während sonst der Andrang nach den Bilets hier ein bedeutender war, ist es umgekehrt der Fall bei den Bureaus in Newyork, indem die Vorausgewanderten sich bemühen, ihre Verwandten hinüberzuführen und diesen Bilets zur Ueberfahrt überreichen. Wer die Auswandererzüge in den letzten Jahren öfter beobachtet hat, gewinnt die Ueberzeugung, daß man es nicht mehr mit jenen Wassermann'schen Gestalten zu thun hat, die weder hüben noch drüben etwas zu verlieren haben. Es sind fast durchweg gut situierte Landleute und Handwerker von gesundem kräftigen Schlage. Allerdings mischt sich unter diese Züge auch noch das Proletariat, aber doch nur sehr vereinzelt.

Best. 14. März. In der vorigen Nacht wurden 36 Anarchisten verhaftet. Die Polizei hatte die Anzeige erhalten, daß die Anarchisten die Feier des fünfzehnten März dazu benutzen wollen, um entweder durch Herbeiführung von Krawallen oder mittelst Petarden „Lebenszeichen“ zu geben. In Folge dessen wurde nach einem bestimmten Plane eine große Kazzia gehalten, so daß binnen zwei Stunden 36 anarchische Sozialisten sich in polizeilichem Gewahrsam befanden und deren Behauptungen gründlich durchsucht waren. Im Polizeigebäude sind Berge von saftigen sozialistischen Druckschriften und Briefschaften, Koffer und Kisten mit Chemikalien aufgeschüttet, deren Inhalt in den nächsten Tagen geprüft werden soll. Vor Morgen grauen beschied der Oberstadthauptmann eine große Zahl von Beamten und Detektives zu sich; jeder derselben erhielt den Auftrag, ein mit Namen bezeichnetes Individuum auszuheben. Bei demselben eine Hausdurchsuchung vorzunehmen und es anzuklopfen. Alle in solcher Weise bezeichneten wurden gefunden, aus dem Schlafe gerüttelt und eingebracht. Die Hausdurchsuchungen erstreckten sich überall bis auf den Dachboden. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Redakteur der „Zukunft“, Mathias Fuß, der in Gesellschaft eines jungen Arbeiters, Namens Karl Kunz, verhaftet wurde. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem Tischler Robert Ziegler, von dem behauptet wird, daß er die Administration der „Zukunft“ besorge. Letzterer ist Vater von drei Kindern. In einem Hause auf dem Stephansplatz wurden nicht weniger als 5 Personen verhaftet. Dort fand man auch die Wähe jenes Sebers Joseph Willy, der Zimmergenosse des Redakteurs Prager gewesen und seit dessen Verhaftung spurlos verschwunden ist. Andreas Szalan, Redakteur des magyarschen anarchischen Blattes „Nepzava“, befindet sich ebenfalls unter den Verhafteten. Unter den Angehörigen der Letzteren herrscht begriffschwermüde großer Schrecken, da es allgemein heißt, daß viele der Verhafteten ohne Rücksicht auf ihre Beschäftigung binnen 48 Stunden abgeschoben werden sollen. Mehrere von den Angehörigen der Verhafteten suchten hiesige Advokaten auf, denen sie die Wahrung ihrer Rechte anvertrauten; zugleich ersuchten sie die Advokaten, diese möchten ihnen freie Fahrt verschaffen, um mit ihren Familienhäuptern die Stadt verlassen zu können. Von den Verhafteten werden 17 als fanatische Sozial-Revolutionäre bezeichnet. — In den Abendstunden meldet eine in der Regel von der Seitenherbeibehörde insinuierte Korrespondenz: Durch die heute Nacht veranstalteten Hausdurchsuchungen gelangte die Polizei in den Besitz solcher Daten, welche die Zukunftspläne der hiesigen Anarchisten vollständig enthüllen. Die Polizei gelangte zur Kenntniß, daß die Anarchisten einen systematisch entworfenen Plan hatten, auf Grund dessen eine Aktion hauptsächlich gegen die Polizei und deren Organe entfaltet werden sollte. Mehrere Beamte sind tagüber damit beschäftigt gewesen, diese saftigen Papiere zu lesen und zu ordnen. Die Berichte der einzelnen Organe, welche heute thätig waren, werden zusammengefaßt dem Ministerium des Innern unterbreitet werden. Die Verhafteten wurden in Zellen des Polizeihauses untergebracht.

Bern, 15. März. Wie man der „Röln. Ztg.“ berichtet, ist der hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandtschaft seitens ihrer Regierung eine größere Note oder Denkschrift über das Treiben der Anarchisten zugegangen. Es ist dies die erste Kundgebung, welche dem Bundesrathe in dieser Angelegenheit auf diplomatischem Wege zugeht. Bis jetzt wurde nur direkt zwischen der Wiener und Berner Polizei, in den letzten Tagen wieder sehr lebhaft verhandelt.

Paris, 16. März. Wie man vernimmt, hat der Kriegsminister, General Campenon, sich mit dem Heeresauschuß der Kammer über die Reform des Rekrutierungssystems geeinigt, welche den Einjährig-Freiwilligenabstufung und die dreijährige Wehrpflicht für alle Franzosen ohne Unterschied einführt. Nicht nur alle Subalternen sollen zum Militärdienst angehalten werden, sondern auch die künftigen Priester, welche erst dann ihre Studien beginnen dürfen, nachdem sie drei Jahre in der Kaserne gelebt haben. Ausnahmen würden nur für die Familienältesten, die ältesten oder einzigen Söhne der Wittwen und die ältesten Brüder verwaisener Geschwister gemacht werden. Das Gesetz bestimmt ferner, daß die Marinetruppen, Infanterie und Artillerie dem Ressort des Marineministeriums entzogen und demjenigen Kriegsministerium einverleibt werden sollen. Da man aber befürchtet, daß die freiwilligen Bewerbungen und die Rekrutationen noch immer nicht die nötige Truppenzahl liefern würden, so wird der Vorschlag gemacht, diejenigen Rekruten,

welche bei der Auslosung die niedrigsten Nummern haben, für die Marine zu verwenden, so daß der Marinendienst im Vorhinein als „mauvais numéro“ gehalten würde. Es ist sogar davon die Rede, daß für die „mauvais numéro“ der fünfjährige Dienst beibehalten würde, weil ein dreijähriger für ungenügend erachtet wird, tüchtige Seelfoldaten heranzubilden.

Paris, 17. März. Nach einer weiteren Depesche des Generals Millot aus Bac Ninh vom heutigen Tage stießen die Generale Regrier und Briere auf die Auffständischen und warfen sie aus allen Stellungen. Der Feind befindet sich auf der Flucht und hat Munitionsvorräte und Fahnen zurückgelassen. — Meldung der „Agence Havas“. China hat bis jetzt der diesseitigen Regierung keine Eröffnungen gemacht. Inzwischen ist General Millot ermächtigt worden, seine Truppen so weit vorgehen zu lassen, als er es für nötig erachte. In militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Besetzung von Langson, Caobang und Laotai für die Sicherung von Tonkin erforderlich sei. — Der Ministerpräsident Ferry empfing heute den französischen Gesandten in Peking, Patenöre, der vorausichtlich in der nächsten Zeit auf seinen Posten abreisen wird.

London, 17. März. Im Unterhause erwiderte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Fitzmaurice, O'Donnell, auf die Klagen der deutschen Regierung wegen der Sklavenhandelmtriebe in der Südsee habe die englische Regierung durch die Mittheilung des jüngst dem Parlamente vorgelegten Kommissionsberichtes geantwortet. Die Absicht der deutschen Regierung sei, wie der englischen Regierung angekündigt worden, während der erst im Mai beginnenden Arbeitsaison ein Kriegsschiff in den Gewässern der Südsee zu stationieren, der Zweck dieser Maßregel sei, wie in einem dem betreffenden Bericht angefügten Note des Baron v. Pleßien angegeben werde, die Kontrolle über die deutschen Arbeitsschiffe. Fitzmaurice fügte hinzu, da der englischen Regierung nichts von einer Absicht, sich in die Angelegenheiten unter englischer Flagge segelnder Schiffe zu mischen, bekannt sei, so halte sie es für unnötig irgend welche Schritte zu thun. — Der Staatssekretär des Krieges, Hartington, erklärte, er habe nicht gesagt, noch die Absicht gehabt zu sagen, daß die Regierung beabsichtige, die Häfen des Roten Meeres einschließlich oder ausschließlich Suafins oder Suafin allein zu halten. Was er gesagt habe oder habe sagen wollen, war, daß die Regierung stets von Anfang an die Absicht angekündigt habe, der egyptischen Regierung in dem Schutze der Häfen beizustehen. Die Regierung habe der Pforte keinen Vorschlag gemacht, ihr die Häfen zu übergeben. Eine derartige Idee sei zwar angeregt worden, doch könne die Regierung weder über diese noch andere Mittheilungen machen. Was die Nachricht angehe, daß Admiral Hewett einen Preis auf den Kopf Osman Dignas ausgesetzt habe, so habe die Regierung bei dem Admiral angefragt, ob die Nachricht begründet sei, und gleichzeitig hervorgehoben, daß er eine derartige Proklamation nicht erlassen dürfte, ohne mit dem Generalkonsul Hartington darüber zu berathen.

Von Lord Hartington wurde schließlich das in den Hauptziffern bereits bekannte Kriegsbudget vorgelegt. Nach demselben wird die Regierung im Laufe des Staatsjahres über eine Reserve von 66 000 Mann verfügen, die Freiwilligenkorps zählen 209 365 Mann. Für die Flotte sollen 400 Hinterlader-Geschütze von Stahl beschafft werden, deren Durchschlagskraft mindestens derjenigen der Geschütze anderer Länder gleichkommt, ferner sollen für die Flotte drei 110 Tons-Geschütze, vier 63 Tons-Geschütze und drei 43 Tons-Geschütze hergestellt werden. Mit neuen 12-Pfünder-Kanonen für die Armee werden gegenwärtig Versuche gemacht. Lord Hartington glaubt, dieses Geschütz werde das mächtigste aller Geschütze des Heeres werden. Endlich sollen noch 36-pfündige Vorderlader-Geschütze angefertigt werden, welche an Wirksamkeit die französischen und deutschen Geschütze noch übertreffen dürften.

London, 18. März. Im Unterhause beantragte der Minister des Ackerbaues, Dobson, in die zweite Lesung der Vieheinfuhrbill einzutreten und erklärte, die Regierung werde bei der Einzelberatung die Verwerfung der vom Oberhause vorgenommenen Abänderungen beantragen. — Der Staatssekretär des Krieges, Hartington, theilte mit, Admiral Hewett habe telegraphisch gemeldet, daß Osman Digma zwei Voten Hewett's getödtet habe und deshalb als Mörder zu betrachten sei. Ferner theilte Hartington mit, die Regierung habe nunmehr den Wortlaut der Proklamation Hewett's betreffend die Belohnung für die Einbringung Osman Digma's erhalten, sie könne dieselbe aber nicht billigen und habe deshalb die Zurücknahme der Proklamation anbefohlen, doch sei die Abberufung Hewett's deshalb nicht beabsichtigt. — Unterstaatssekretär Fitzmaurice erwiderte auf eine Anfrage, die telegraphische Verbindung zwischen Shendy und Khartum sei noch unterbrochen. Die letzte Depesche Gordon's sei vom 11. d. datirt.

Vocales und Provinzielles.

Wien, 19. März.

d. Der 17. polnische Landwirthschaftstag in Thorn, zu dem die Delegirten der polnischen landwirthschaftlichen Vereine Westpreußens am 17. d. Mts. versammelt waren, wurde von Herrn v. Glaszki mit einer Ansprache eröffnet, in der unter Anderem folgende Stelle vorlas:

Wir Polen treten nur zur Vertheidigung Dessen auf, was uns von Natur zugefallen ist und was wir für unseren theuersten Schatz erachten: Glauben, Sprache und Sitten der Väter. Das Bewahren nationaler Eigenart ist die Pflicht eines Jeden, und die Liebe zu seinem Volke, seinem Lande und seinen Sitten muß man ebenso, wie die Liebe zur Familie zu den höchsten Tugenden rechnen, und hier hat diese Tugend in der traurigen Lage unseres Volkes um so größere Bedeutung. Pflegen wir unsere Nationalität, pflegen wir die christlichen Grundzüge gegenfeitiger Liebe, lassen wir uns nicht durch die Widerwärtigkeiten, auf die wir fast täglich stoßen, entmutigen; in andauernder, unermüdlicher Arbeit um das nationale Wohl mögen wir denjenigen moralischen Lohn finden, der uns in dem Gefühle der Pflichterfüllung mit voller Befriedigung erfüllt.

Nach dieser eigenthümlichen Begrüßung einer Landwirthschaftlichen Versammlung wurde zum Vorsitzenden derselben Herr Alfons v. Wojczencki gewählt. Als Delegirter des polnischen landwirthschaftlichen Zentralvereins im Großherzogthum Posen wohnte der Versammlung Herr v. Brzeski bei.

d. Professor Dr. Lewicki, welcher früher an dem vor ca. zehn Jahren geschlossen hiesigen katholischen Geistlichen-Seminar wirkte, ist, wie der „Kurier Pozn.“ mittheilt, nach mehrjährigem Aufenthalte im Auslande hierher zurückgekehrt und wohnt im Gebäude des Seminars, wo im ersten Stockwerke ein Zimmer, in welchem bisher eine Klasse der 3. Stadtschule untergebracht war, für ihn zur Wohnung mit hinzugenommen und eingerichtet wird.

— In Betr. des Armenvereins der hiesigen Pauligemeinde geht uns von geschätzter Seite folgende Mittheilung zu: Wie wir erfahren, beabsichtigt der Armenverein der hiesigen Pauligemeinde den veränderten Verhältnissen dieser Gemeinde gemäß sich umzugestalten. Derselbe ist vor 12 Jahren begründet und auf die damalige Gestalt der Gemeinde zugeschnitten. Seitdem ist dieselbe mit den Vororten auf etwa 12 000 Seelen angewachsen, und wieviel Armuth, Noth und Elend befindet sich darin! Ist doch das Armen-Budget unserer Stadt auf 226 000 Mark gestiegen, und ein großer Theil des Elends, auf welches diese Ziffer weist, fällt auf die Pauli-Gemeinde. Dazu kommen dann noch Jeryce und Wilda, wo sich oft viel größere Noth findet, als in der Stadt. Daß aber durch die städtische Armenpflege die Privatwohlthätigkeit überflüssig geworden sei, mag wohl heutzutage Niemand mehr zu behaupten. Und wenn man dazu geneigt wäre, braucht man, um widerlegt zu werden, nur einen Blick in die Kellerräume oder die Dachkammern zu werfen, wo in den elendesten Gefassen oft Familien von 5, 6, 8 Personen hausen, die, weil der Ernährer fehlt, ganz auf Unterstützungen angewiesen sind. Wenn die Stadt 15–20 Mark monatlich in solchen Fällen gewährt, so ist das außerordentlich viel; sie kann nicht mehr geben. Wie aber soll eine große Familie davon die theure Miete und den ganzen übrigen Lebensunterhalt bestreiten? Dazu kommen dann noch viele Fälle, wo die Stadt nicht eintreten kann, weil ein arbeitsfähiger Mann da ist. Wenn dieser aber, wie in zahlreichen Fällen, beim besten Willen keine oder nicht ausreichende Arbeit findet, wenn er einige Woche krank darniederliegt, wenn Krankheiten oder Todesfälle anderer Familienglieder den fargen Verdienst aufheben, dann muß die Privatwohlthätigkeit eintreten, um den Armen vor Verzweiflung und davor, daß er sich aus Verzweiflung dem Laster in die Arme wirft, zu bewahren. Wir wissen wohl und freuen uns dessen, daß privatim sehr viel Gutes gethan wird. Aber wie oft wird der Privatmann, der die Verhältnisse nicht so kennt, von Armen getäuscht, seine Gabe dadurch bedürftigeren entzogen, er selbst, wenn er seine Güte gemißbraucht sieht, gegen die doch oft so große Noth abgestumpft! Dem will der Krankenverein abhelfen dadurch, daß er seine Wohlthätigkeit organisiert. Die Damen, die dazu gehören, kommen mehr in persönlich: Berührung mit den Armen; der Pastor, die Gemeindeführer lernen durch häufige Besuche und dadurch, daß sie mit den Behörden und anderen Vereinen Fühlung haben, die wirklich Hilfsbedürftigen kennen; ihnen stehen mehr Mittel zu Gebote. Statt des Geldes können sie vielleicht Mittagessen anweisen und der hilfsbedürftigen Frau dadurch Zeit zur Arbeit schaffen, die Schwester legt selbst Hand an, wo es noththut; tröstlicher Zuspruch wird den Armen zu Theil; diese fühlen sich nicht ganz verlassen von der menschlichen Gesellschaft. Aber zu dem Allen gehören natürlich Geldmittel, und wenn der Gemeinderath auch mit dankenswerther Liberalität aus der Kirchentasse dem Verein einen bedeutenden Zuschuß gewährt hat, so reicht das doch bei weitem nicht hin, zumal wenn man bedenkt, daß durch das Freiwerden, welches für arme in der hiesigen Diakonissenanstalt erworben ist, sowie für die Erhaltung der Gemeindeführer bedeutende Mittel abstrudelt werden. Dazu kommt, daß die Verabfolgung von Mittagessen halt einer mehr als bisher sich als Nothwendigkeit herausgestellt hat, die mittelst der beschriebenen Mittel aus dem Armenverein genommen werden soll. Wenn aus allen diesen Gründen der Verein eine Bitte des genannten Vereins in nächster Zeit herauszutreten sollte, können wir dieselbe, wie überhaupt eine dauernde Unterstützung an den Bestrebungen desselben, nur auf das Wärmste empfehlen. In solcher freien Vereinsbetheiligung sehen wir eins von den praktischen Mitteln, die soziale Frage zu lösen.

r. Auf dem Gerberdamme befindet sich dort, wo die Posen-Thorner Bahn über denselben hinweg geht, eine sehr üble Stelle; da die Ueberführung der Bahn in zu geringer Höhe über dem Gerberdamme angelegt ist, so hat dieser dort etwas vertieft werden müssen, damit höher beladene Wagen unter der Ueberführung durchfahren können; die Folge dieser Vertiefung ist, daß sich dort bei Regenwetter stets Wasser anammelt, welches längere Zeit stehen bleibt. Selbst gegenwärtig, nachdem beinahe eine Woche lang kein Regen gefallen ist, und der Gerberdamm beinahe schon staubig zu werden anfängt, befindet sich dort noch immer eine große Schmutzlache, welche von allen zwischen Stadt und Schillingthor verkehrenden Fußwerkern paßirt werden muß. Vielleicht ließe sich durch Drainirung u. dgl. zur Entwässerung dieser Stelle etwas thun!

Frankfurt, 18. März. [Verbrechen.] Dieser Tage ereignete sich im Luisenburger Walde ein abscheuliches Verbrechen. Die noch nicht acht Jahre alte Tochter des Wirths Sibinski in Seibewallen, welche nach dem eine schwache Stunde entfernten Luisenburger Wald gehen muß, wurde in dem genannten Walde von einem Strolche überfallen und arg zugerichtet. Das Kind ist bedenklich erkrankt; dem Thäter ist man auf der Spur.

Telegraphische Nachrichten.

Warschau, 18. März. (Priv.-Telegr. d. „Pos. Ztg.“) Gegenüber der von Petersburger und Warschauer Journalen verbreiteten Nachricht über den angeblichen Verkauf von 2/3 aller Aktien der Weichselbahn an deutsche Kapitalisten und gegenüber den daran geknüpften Befürchtungen erzählt die „Gaz. Handl.“, daß dies Gerücht unwahr und an sich schon aus dem Grunde haltlos ist, weil von der Gesamtzahl dieser Aktien, welche 65,000 Stück wenig überschreitet, mehr als 55,000 Stück sich in den Händen der russischen Regierung und russischer Kapitalisten befinden. Die Befürchtungen über eine eventuelle Geltendmachung des deutschen Einflusses auf die Weichselbahn in strategischem Sinne seien also grundlos.

Dresden, 18. März. Die betreffende Deputation der ersten Kammer empfiehlt, dem Beschlusse der zweiten Kammer, durch den die Regierung zur Errichtung eines Gesundheitsmuseums ermächtigt worden, wegen ungenügender Vorbereitung des Projekts nicht beizutreten, dagegen die darauf bezüglichen Petitionen an die Regierung zur Erwägung abzugeben.

Dresden, 18. März. Bei der Verathung des Etats der Staatseisenbahnen genehmigte die erste Kammer in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer die auf Einführung der preussischen Streckentaxen basirende Herabsetzung der Gütertariife.

Dresden, 18. März. Die zweite Kammer hat den Antrag auf Ermäßigung der Grundsteuer von 4 auf 2 Pfennige bei

ra. Wind: —. Wetter:

Rat 21,00 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli —, per Juli-August —. Durchschnittspreis — M.

Trockene Kartoffelsäcke per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Lof 20,50 Gb., per diesen Monat 20,75 M., per März-April 21,00 M., per April-Mai 21,00 M., per Mai-Juni —, per Juni-Juli — M., per Juli-August — M. Durchschnittspreis — M.

Feuchte Kartoffelsäcke pro 100 Kilogramm brutto incl. Sad. Lof 10,8 Gb., per diesen Monat 10,9 Gb., per März-April —. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversiebert incl. Sad per diesen Monat und per März-April — bez., per April-Mai 19,70—19,80 bez., per Mai-Juni 20,00—20,05 bez., per Juni-Juli 20,20—20,25 bez., per Juli-August — M. Durchschnittspreis — M.

Weizenmehl Nr. 00 26,50—24,50, Nr. 0 24,50—23,00, Nr. 0 u. 1 22—20. Roggenmehl Nr. 0 22,25—20,25, Nr. 0 u. 1 20,00 bis 17,75.

Rübsöl per 100 Kilogramm Lof mit Faß — M., ohne Faß — M., per diesen Monat — M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai und Mai-Juni 59,2—59,4 Mark bez., per September-Oktober 57—57,1 M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. Durchschnittspreis — M. G lündigt — Str.

Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Fassen von 100 Kilogr., Lof — M., per diesen Monat 23,8 bez., per März-April — bez., per April-Mai — M. bez., per Septbr.-Oktober — M. Durchschnittspreis — M. Gef. —.

Spiritus Per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 Liter pSt. Lof ohne Faß 46,3 bez., Lof mit Faß — bez., per diesen Monat — bez., per März-April — nom., per April-Mai 46,8—47 bez., per Mai-Juni 47—47,3—47,2 bez., per Juni-Juli 47,9—48,1—48 bez., per Juli-August 48,7—48,9—48,8 M. bez., per August-Septbr. 49,1—49,4 bez., per Sept.-Oktober — M. bez., Gestern August-Sept. 49,4 bis 49,1—49,2 bez. — Gekündigt — Liter. Durchschnittspreis — M.

18. März. Die heutige Börse eröffnete

und ungarische Goldrente als belebt und steigend zu nennen, auch
Staliener waren fester.

Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung
ruhig, inländische Eisenbahnprioritäten theilweise etwas mehr gefragt.
Bankactien waren ziemlich fest und ruhig; Disconto - Commandit-
Anteile schwach, Deutsche Bank fester.

Industriepapiere waren ziemlich fest und ruhig, Montanwerthe
wenig verändert und still.

Inländische Eisenbahnactien ziemlich fest; Ostpreussische Südbahn
etwas abgeschwächt, Mecklenburgische behauptet.

Wechsel-Kurze.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.		Berlin-Dresd. v. St.		Deut. Lit. B. (Cloeth.)		Nordb. Bank	
Amsterd. 100 fl. 8 L.	3 1/2	169 20	h	Newyork. St.-Anl.	6	130,50	h	Reichs-Gras (Pranl.)	4	87,20	h
Brüss. u. Antwerpen	3 1/2	81,05	h	do.	7	—	h	Reichs-P. (S. R. B.)	5	86,50	h
100 fr. 8 L.	3 1/2	80,70	h	Finnländ. Loose	—	47,90	h	Schwed. Gr. N. D. B.	4 1/2	—	h
London 1 Lir. 8 L.	3 1/2	20,485	h	Italienische Rente	5	94,00	h	Schiff. Vahnl. 100%	—	—	h
Paris 100 fr. 8 L.	3 1/2	81,15	h	do. Tabaks-Obl.	6	—	h	(Romb.)	3	290,50	h
Wien, öst. Währ. 8 L.	4	168,55	h	Def. Gold-Rente	4	86,00	eb	do. do. neue	3	300 60	h
Petersb. 100 R. 3 W.	6	203 00	h	do. Papier-Rente	4 1/2	67,53	h	do. Obligat. gar.	5	163 50	h
Warsch. 100 R. 8 L.	6	203 70	h	do. do.	5	80,40	h	Zeichnbahn	5	86 50	h
Geldsorten und Banknoten.		Sovereigns pr. St.		do. Silber-Rente	4 1/2	68,25	h	Ung.-G. Verb.-B. g.	5	82,30	h
20-Francs-Stück	—	16 235	h	do. 250 fl. 1854	4	112,50	h	Ung. Nordb. gar.	5	80 25	h
Dollars pr. St.	—	4,205	h	do. Kredit 1858	—	—	h	do. D. B. l. Em. gar.	5	81,20	eb
Imperial pr. St.	—	—	h	do. Lott. A. 1860	5	119,00	h	do. do. l. l. Em. gar.	5	99 10	h
Engl. Banknoten	—	20,53	h	do. do. 1864	—	309,25	h	Vorarlberger gar.	5	86 30	h
Frans. Banknoten	—	81,30	h	Bester Stadt-Anl.	6	90,75	h	Rafsch.-D. g. G. Pr.	5	102,30	h
Österr. Banknoten	—	168 80	h	do. do. kleine	6	90,75	h	Deit. Rdm. Gld.-B.	5	104 75	h
Russ. Noten 100 R.	—	203 90	h	Poln. Pfandbriefe	5	63,30	h	Reichs-P. Gold.-Pr.	5	103,75	h
Zinsfuß der Reichsbank.		do. Liquidat.		do. Liquidat.	4	55a55,90	h	Ung. Kredit-G. B.	5	100 40	h
Wechsel 4 v St.	—	Lombard 5 p St.		Rum. mittel	8	110,50	eb	Brest-Grajewo	5	92,20	h
Fonds- und Staats-Papiere.		do. kleine		do. kleine	8	110,90	h	Chart. Alow gar.	5	96,60	h
Dijch. Reichs-Anl.	4	102,80	h	do. St.-Obligat	6	104 10	h	Chart. Kremet. a.	5	96 50	h
Konf. Preuss. Anl.	4 1/2	103 00	h	do. Staats-Obl.	5	99 50	h	Gr. Russ. Eisb.-G.	3	69,90	h
do.	—	102,70	h	Russ. Ggl. Anl. 1822	5	90,20	h	Felez-Drel gar.	5	96 20	h
Staats-Anleihe	4	101,70	h	do. do. kleine	5	90,50	h	Felez-Boronefch g.	5	92 80	h
Staats-Schuld.	3 1/2	99 00	h	do. do. 1871	5	92,20	h	Roslow-Boronefch g.	5	100 00	h
Kur- u. Neum. Schl.	3 1/2	99 00	h	do. do. 1872	5	92,20	h	do. Obligationen	5	85 90	h
Verl. Stadt-Oblig.	4 1/2	101,90	h	do. do. 1873	5	92,20	h	Kursk-Chartow gar.	5	96,40	h
do.	—	102 00	h	do. Anleihe 1877	5	96,20	h	Kursk-Chart.-Alow	5	188 10	h
do.	—	97,30	h	do. do. 1880	4	76,20	h	Kursk-Riem gar.	5	102,20	h
Pfandbriefe:		do. Orient-Anl. I.		do. do. 1881	5	92,20	h	do. kleine	5	02 10	h
Berliner	5	109,00	h	do. do. II	5	59,50	h	Rosono-Sewastopol	5	80,00	h
do.	4 1/2	104,80	h	do. do. III	5	59,50	h	Rosco-Niassan gar.	5	104,10	h
Landchaftl. Zentral.	4	102,20	h	do. Poln. Schatzobl.	4	87,40	h	Rosco-Smolensk g.	5	97 10	h
Kur- u. Neum.	3 1/2	97,50	h	do. Pr.-Anl. 1864	5	140,20	h	Drel-Griafy	5	83 20	h
do. neue	3 1/2	94,50	h	do. do. 1866	5	134,25	h	Niassan-Roslow. g.	5	102 30	h
do.	4	102,00	h	do. do. 1868	5	134,25	h	Niassan-Roslow. g.	5	96,50	h
N. Brandenburg. Kredit											